

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

8. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 08.02.2022

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
3	13.04.2021	V+G/VGB 32/2020 und V+G/VGB 67/2020 - 1	<p>Aufzeichnung (Bild und Ton) der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und anschließende Bereitstellung zum Abruf im Internet (Video on Demand)</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Magistratskanzlei zur Kenntnis.</p> <p>Der Ausschuss bittet die Magistratskanzlei, das Büro der Stadtverordnetenversammlung unter Einbindung des BIT bei der unverzüglichen Umsetzung der Live-Übertragung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung zu unterstützen. Vorrangig soll eine Übertragung durch Radio Weser TV erfolgen. Der Ausschuss bittet das Dezernat II (Stadtkämmerei) die Finanzierung der Übertragung in den Haushalten beginnend ab 2022 dauerhaft abzusichern. Über die Live-Übertragung von Ausschüssen wird nach Auswertung der Erfahrungen und Kosten der Live-Übertragungen der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.</p>	Büro StVV, Magistratskanzlei, Stadtverordneten- vorsteher	läuft	<p>Vorgespräche wurden mit Radio Weser TV und der Bremischen Bürgerschaft geführt. Die rechtlichen Fragestellungen wurden geprüft.</p> <p>Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sollen dauerhaft im Fischbahnhof stattfinden.</p> <p>Eine Änderung der Verfassung für die Stadt Bremerhaven sowie eine Änderung der Geschäftsordnung für die Stadt Bremerhaven ist noch einzuleiten.</p> <p>07.02.2022 Videokonferenz zwischen Stadtverordnetenvorsteher von Haaren und zwei Beschäftigten von der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Aufgekommene Fragen im Rahmen der Beantwortung der Anfrage wurden erörtert.</p>

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

8. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 08.02.2022

5	29.06.2021	<p>V+G/VGB 40/2020-1</p> <p>V+G/VGB 64/2020</p> <p>V+G/VGB 29/2021</p>	<p>Überarbeitung Rechnungsprüfungsordnung</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Verfassungs- und Geschäftsausschuss hebt den zweiten Absatz seines Beschlusses vom 03.11.2020 zur Vorlage V+G/VGB 40/2020- 1 mit dem Wortlaut</p> <p>„Das Dez. II, Rechts- und Versicherungsamt, wird gebeten, den Entwurf auf seine Rechtmäßigkeit zu überprüfen und der Stadtverordnetenversammlung die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung zu ihrer ersten Sitzung in 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.“</p> <p>auf.</p> <p>Der Ausschuss beschließt stattdessen:</p> <p>Der Verfassungs- und Geschäftsausschuss nimmt die Stellungnahme des Rechts- und Versicherungsamtes vom 30.03.2021 zur Kenntnis.</p> <p>Unter Beteiligung des Rechts- und Versicherungsamtes und des Rechnungsprüfungsamtes überarbeitet eine</p>	Büro StVV, Dez. II	läuft	Arbeitsgruppe hat am 19.07.2021, 03.09.2021, 04.11.2021, 10.01.2022 und am 31.01.2022 getagt. Nächster Termin ist am 14.02.2022.
---	------------	--	--	--------------------	-------	--

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

8. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 08.02.2022

			<p>Arbeitsgruppe, bestehend aus je einem Ausschussmitglied je Fraktion, den Entwurf der Rechnungsprüfungsordnung unter Berücksichtigung der in der Stellungnahme enthaltenen Empfehlungen und der zu erwartenden Änderungen des Landesrechts.</p> <p>Abschließend wird das Dezernat II, Rechts- und Versicherungsamt, erneut gebeten, der Stadtverordnetenversammlung die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung zur Beschlussfassung vorzulegen.</p> <p>In diesem Zusammenhang ist außerdem zu prüfen, welche Änderungen der Stadtverfassung und der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung durch die Änderung der Landeshaushaltsordnung und des Bremischen Beamtenrechts erforderlich werden.</p> <p>Es ist anzustreben, dass die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung zum 01.01.2022 in Kraft tritt.</p>			
15	07.09.2021	V+G/VGB 36/2021	Von der Stadtverordnetenversammlung am 15.07.2021 überwiesener Antrag:	Büro StVV	offen	Der Antrag bleibt ausgesetzt, da die anstehenden Verfassungsänderungen noch nicht umgesetzt worden sind.

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

8. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 08.02.2022

			<p>AT 19/2021 "Mehr Macht den Bürger*innen: Verbesserung der Bürgerbeteiligung durch Absenkung Beteiligungs- und Entscheidungsquoren"</p> <p>(GRÜNE PP)</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss bittet um Wiedervorlage im Rahmen weiterer anstehender Verfassungsänderungen, spätestens jedoch Anfang 2022.</p>			
16	08.11.2021	V+G/VGB 58/2021	<p>Hygienekonzept für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung 16.12.2021</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss für Verfassung und Geschäftsordnung stimmt dem angefügten Hygienekonzept (Stand: 4.11.2021) für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2021 zu.</p> <p>Der Ausschuss stimmt zudem zu, dass der Stadtverordnetenvorsteher vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2021 ggf. weitere (erforderliche) Anpassungen vornimmt, sofern es aufgrund tatsächlicher Gegebenheiten sowie anderer besonderer Erfordernisse notwendig ist.</p>	Büro StVV, Rechtsamt	erledigt	

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

8. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 08.02.2022

			Der Beschluss wird mit der Maßgabe gefasst, dass auch bei Warnstufe 1 ein größerer Abstand eingehalten werden soll und bei der Sitzung die Sitzanordnung gemäß Anlage 4 angewandt wird.			
17	08.11.2021	V+G/VGB 65/2020	<p>Grundsätze für die Durchführung von Einwohnerfragestunden gemäß § 43 GOSTVV</p> <p>hier: Ergänzung zu Nr. 5</p> <p><u>Beschluss:</u> Mit Wirkung vom 01.01.2022 wird Nr. 5, Satz 2 der Grundsätze für die Durchführung von Einwohnerfragestunden gemäß § 43 GOSTVV wie folgt geändert:</p> <p>„Fragen können auch per E-Mail oder über das Online-Formular gestellt werden, wenn sie die vorstehenden Angaben enthalten.“</p>	Büro StVV	läuft	<p>Die Grundsätze für die Durchführung von Einwohnerfragestunden gemäß § 43 GOSTVV wurden geändert.</p> <p>Das Online-Formular kann aktuell noch nicht freigeschaltet werden, da noch datenschutzrechtliche Aspekte geklärt werden müssen.</p>